



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Mangel führt zum Kollaps

Der Personalmangel in der ambulanten Pflege ist ein systematisches Defizit und gefährdet die Versorgung. Leidtragende sind sowohl die professionell Pflegenden als auch die zu betreuenden und zu pflegenden Patienten und Pflegebedürftigen. Das ist das Fazit der alarmierenden Ergebnisse der Befragung des Zentrums für Qualität in der Pflege bei 535 ambulanten Pflegediensten.

Wenn wir nicht endlich massiv gegensteuern, werden wir 2021 einen Punkt erreichen, bei dem es ähnlich wie in der Klimadiskussion darum gehen wird, einen Offenbarungseid zu leisten. Demnächst geht es womöglich nur noch darum, überhaupt jemanden zu finden, der die Pflege und Betreuung leisten kann. Ähnlich sieht die Lage in der stationären Langzeitpflege aus. Wir müssen die Weichen für bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere für mehr Pflege-, Betreuungs- und Therapiepersonal und einen neuen Personalmix stellen. Nur so kann auch der Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich umgesetzt werden. Andernfalls wird das systematische Defizit unausweichlich zu einem systematischen Versagen der Politik und der Gesellschaft in der Pflege führen und diese kollabieren lassen.

Gefordert sind die Politik und die Kostenträger. Letztere haben in der ambulanten Pflege für die chronische Unterfinanzierung gesorgt, deren Folgen wir heute spüren. Der Sicherstellungsauftrag der Kassen darf nicht zulasten der Pflegeeinrichtungen und der dort beschäftigten professionell Pflegenden verschoben werden. Seit langem warnt der Deutsche Pflegerat vor einer mangelhaften Personalausstattung in der Pflege.

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe

Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Verpflichtung für die professionell Pflegenden

Wer Patientensicherheit nachhaltig will, der muss die beruflich Pflegenden mit in den Mittelpunkt stellen. Ohne sie gibt es keine Patientensicherheit. Zuversichtlich macht es, dass sich diese Erkenntnis wie ein roter Faden durch viele der Meldungen zum Welttag der Patientensicherheit gezogen hat. Die Erkenntnis allein reicht jedoch nicht aus.

Gefordert ist eine ganzjährige Verpflichtung für den Patientenschutz, die alle Institutionen des Pflege- und Gesundheitswesens umfasst und nicht an Sektorengrenzen haltmacht. Die beruflich Pflegenden sorgen mit ihrem Wissen und ihrer professionellen Hilfe für die notwendige Sicherheit auf allen Ebenen, so gut es ihnen heute noch möglich ist. Denn: Die Patientensicherheit ist gefährdet. Die professionell Pflegenden arbeiten vielfach am und über dem Limit. Wir brauchen mehr beruflich Pflegenden, gut ausgebildet und gemeinsam mit Ärzten und Therapeuten in einem Personalmix, der besser als bisher an die zu erbringenden Leistungen angepasst ist.

Wir brauchen eine Arbeitsorganisation in den Unternehmen und eine Mitgestaltung, die die Profession Pflege tatsächlich ernst- und mitnimmt, anstatt über sie zu bestimmen. Dieser Mut zu handeln darf nicht nur am Welttag der Patientensicherheit erkennbar sein. Er muss unser Handeln das ganze Jahr bestimmen.

Irene Maier
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)



Schluss mit Fehlentwicklungen bei der Leiharbeit. Ansonsten nehmen unkontrollierbare Gefährdungen der Patientensicherheit zu und sozialer Unfrieden entsteht.

© Elnur / stockadobe.com

Positionspapier veröffentlicht

Fehlentwicklungen bei der Leiharbeit in der Pflege stoppen

Der Deutsche Pflegerat e.V. und das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. legen ein Positionspapier zur Leiharbeit in der Pflege vor. Sie fordern gesetzliche Regelungen für eine Begrenzung der Leiharbeit.

Die durch die rasante Entwicklung des Leiharbeitsmarktes in der Pflege bedingten Fehlentwicklungen gefährden die Patientensicherheit und sind nicht hinnehmbar. Sie müssen gestoppt werden. Erforderlich sind zeitnah gesetzliche Regelungen für eine Begrenzung der Leiharbeit sowie Maßnahmen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Diese Einschätzung ist dem gemeinsamen Po-

sitionspapier des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) und des Aktionsbündnisses Patientensicherheit e.V. (APS) zum Thema „Fehlentwicklungen bei der Leiharbeit in der Pflege stoppen“ entnommen.

Arbeitsbedingungen und Personalnot als Ursachen

Eine der wesentlichsten Ursachen für mehr Leiharbeit sehen beide Verbände in der Pflegepersonalnot in allen Berei-

chen der Pflege und in den damit verbundenen unzureichenden Arbeitsbedingungen. Leiharbeit, heißt es im Positionspapier weiter, „ist Symptom und Folge der prekären Arbeitsbedingungen in der Pflege“. Sollen heute und in Zukunft genug Pflegefachpersonen gewonnen und gehalten werden, sind attraktive Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung der professionell Pflegenden nötig.

Leiharbeit führt zum sozialen Unfrieden

Leiharbeit „führt in den Einrichtungen bei den Mitarbeitern zum sozialen Unfrieden“. Das fördert weitere Abwande-

rungen fest angestellter Pfleger. Gefährdet sehen der Deutsche Pflegerat und das Aktionsbündnis Patientensicherheit zudem die Einhaltung der hohen Qualitätsanforderungen. „Dort, wo Leiharbeiter/innen einen signifikanten Anteil an der pflegerischen Versorgung durchführen, nehmen unkontrollierbare Gefährdungen der Patientensicherheit zu.“

Der Deutsche Pflegerat und das Aktionsbündnis Patientensicherheit fordern

Die Leiharbeit ist nicht ohne Nebenwirkungen. Was einerseits als Lückenfüller hochwillkommen ist, sorgt andererseits zunehmend für Probleme.

den Gesetzgeber unter anderem auf, die Zeitarbeitsagenturen dazu zu verpflichten, die Qualifikation der befristeten Leiharbeiter transparent zu machen. „Weiter muss es eine Begrenzung des Anteils der befristeten Leiharbeiter/innen beim Pflegepersonal im Kranken-

haus und in den Pflegeeinrichtungen geben.“ Ergänzend wollen der Deutsche Pflegerat und das Aktionsbündnis Patientensicherheit eine „öffentliche Transparenz über die Leiharbeitsquote in den einzelnen Einrichtungen“.

Bundesgesundheitsminister: Leiharbeit soll Ausnahme sein

Zum Thema Leiharbeit in der Pflege äußerte sich auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Dieser hat sich gegen

men sei, Sorge andererseits zunehmend für Probleme und innerbetriebliche Konflikte – und verschlinge viel Geld, heißt es in einem Impulspapier des Verbandes.

Gezielt um das Thema Leiharbeit in der ambulanten Pflege geht es auch in einem Positionspapier des Berliner Anbieterverbandes qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen (AVG) mit dem Titel „Leasing in der Pflege: Fluch oder Segen?!“. Ziel müsse es sein, gleiche Bedingungen für alle zu schaffen, heißt es dort.

Mehr zum Thema will auch die Pflegekammer Niedersachsen wissen. Gestartet wurde eine Umfrage zur Leiharbeit in der Pflege in Niedersachsen.

Leihkräfte in Krankenhäusern ausgesprochen. Leiharbeit in der Pflege, so Spahn, soll die Ausnahme sein.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e. V. (DBfK) titelt: „Leiharbeit ist nicht ohne Nebenwirkungen“. Was einerseits als Lückenfüller hochwillkom-

deutscher-pflegerat.de
dbfk.de
avg.berlin
pflegekammer-nds.de

AKTUELLE BEFRAGUNG

Personalmangel in der ambulanten Pflege gefährdet gute Versorgung

Immer mehr pflegebedürftige Menschen nutzen einen ambulanten Dienst. Doch auch dort fehlen Pflegefachpersonen. Entsprechend überlastet sind die Dienste. Viele müssen Patienten ablehnen, manche sogar Verträge kündigen. Die Sicherheit in der Pflege könnte sich weiter verschlechtern. Um die Zukunft einer bedarfsgerechten und fachlich angemessenen ambulanten Pflege muss man sich in Deutschland erhebliche Sorgen machen. Dies offenbart eine bundesweite Befragung des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) bei 535 ambulanten Pflegediensten.

Gut die Hälfte der Befragten (53 %) gab an, dass in ihrem Dienst Stellen für Pflegefachpersonen seit mindestens drei Monaten unbesetzt sind. Hochgerechnet gebe es demnach in Deutschland in ambulanten Pflegediensten etwa 16.000 solcher offenen Stellen. 80 % der Dienste berichten zudem, in den letzten drei Mo-

naten Versorgungs-Anfragen abgelehnt zu haben, weil sie die Pflege nicht hätten sicherstellen können. 13 % der Dienste geben an, in den letzten drei Monaten Klienten gekündigt zu haben, weil sie deren Versorgung nicht sicherstellen konnten.

Nachteile für Patientensicherheit:

Dr. Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP, warnt: „Personalmangel in der Pflege ist ein Risiko für die Patientensicherheit. Wenn sich die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland wie prognostiziert von heute etwa 3,4 auf 4,9 Millionen im Jahr 2054 erhöht, wird es sehr schwer werden, alle diese Menschen gut zu versorgen.“ Denn selbst falls kurzfristig deutlich mehr Pflegefachpersonen gewonnen werden können, scheiden in den nächsten Jahren zugleich viele derzeit Pflegenden altersbedingt aus dem Erwerbsleben aus. „Die Frage muss erlaubt sein, wie das Versprechen von einer bedürfnisorientierten, menschenwürdigen Pflege sowie von besser unterstützten pflegenden Angehörigen zukünftig eingelöst werden soll“, stellt Suhr fest. Der

Mangel an Pflegefachpersonen wirkt sich nachteilig auf die Patientensicherheit, aber auch auf die Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen aus. Risiken können entstehen, wenn kein geeigneter Dienst die Pflege im erforderlichen Umfang übernehmen kann. Mangelnde ambulante Pflegekapazitäten können zudem zu einer Überforderung pflegender Angehöriger oder zu einem Heimeintritt führen, der bei angemessener ambulanter Versorgung nicht nötig geworden wäre. Vor diesem Hintergrund sieht Ralf Suhr es als besonders dringlich an, das Berufsfeld Pflege attraktiver zu machen. Insbesondere gehe es um die Aufgaben der Pflegenden, deren Qualifizierung und die Organisationskultur in den Einrichtungen. Diese müssten so ausgestaltet sein, dass es möglich ist, dort professionell und gerne zu arbeiten. Zusätzlich müssten die Möglichkeiten gezielter Prävention und der Digitalisierung im Gesundheitswesen genutzt werden.

zqp.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Unmut an Pflegeschulen

Die Implementierung des Pflegeberufgesetzes (PflBG) macht weiter Probleme. Darauf weist Carsten Drude, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS), hin.

Demnach führen „juristische Unklarheiten zu wachsendem Unmut an Pflegeschulen und bei den Trägern der praktischen Ausbildung“. Noch immer seien „fundamentale Fragen“ offen. Auch müsse „die Arbeit immer wieder unterbrochen werden, weil immer weitere Fragen auftauchen und wir juristisch im Nebel stochern“. Je konkreter die Umsetzungsprozesse voranschreiten, umso deutlicher wird, dass elementare Regelungen im PflBG widersprüchlich und stark interpretationsbedürftig sind. Derzeit stünden Anfragen zum Status der psychiatrischen Krankenhäuser und insbesondere zur Anrechenbarkeit von Praktikumeinsätzen im Vordergrund. Laut dem PflBG können psychiatrische Krankenhäuser als Ausbildungsträger fungieren, „wenn die Ausbildungsinhalte der allgemeinen Akutpflege vermittelt werden können“. Allerdings gibt es keine Bestimmung, was unter allgemeiner Akutpflege verstanden wird und welche Ausbildungsinhalte gemeint sind. Dies hat zur Folge, dass psychiatrische Kliniken und Pflegeschulen die praktischen Einsätze ihrer Auszubildenden in diesem Bereich nicht verbindlich planen und keine entsprechenden Kooperationsverträge abschließen können. Dabei drängt die Zeit: Ab Januar 2020 wird nach dem neuen PflBG ausgebildet.

blgsev.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

6 Punkte-Sofortprogramm

AVG fordert gerechteres Pflegesystem

Der Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG) hat in einem 6 Punkte-Sofortprogramm Lösungsansätze für eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ambulanten Pflegeeinrichtungen in Deutschland vorgelegt.

Die Lösungsansätze zielen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auf eine Steigerung der Anzahl der Beschäftigten in der Pflege ab. Sie greifen teilweise sofort und setzen gezielt Anreize für eine höhere Beschäftigungsquote in der ambulanten Pflege.

Eine deutliche Aussage beinhaltet das Sofortprogramm auch zur derzeit diskutierten Idee eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrages für die Pflege. Dieser sollte allenfalls erst in einem zweiten Schritt in fünf bis sieben Jahren umgesetzt werden und könnte viele der nachfolgend genannten Punkte, auf deren Basis ein Tarifvertrag nachhaltiger ansetzen kann, beinhalten.

Fehlende Voraussetzungen

Begründet liegt dies unter anderem darin, dass ein möglicher Tariflohn in den heutigen Vergütungen der ambulanten Pflege nicht berücksichtigt und refinanziert ist. In einem ersten Schritt müssen die Kostenträger (Kranken- und Pflegekassen und der Sozialhilfeträger) ihre Bereitschaft zeigen, Lohnerhöhungen auch in die Vergütungen einzuberechnen. Für die ambulante Pflege ist eine solche Bereitschaft kaum zu erkennen.

Hinzu kommt: Wenn heute davon gesprochen wird, dass Kostenträger verpflichtet sind, tarifgebundenen Einrichtungen Tarife zu refinanzieren, wird dabei nicht zugleich die Frage beantwortet, welche Höhe ein Entgelt haben muss, um eine solche Tarifrefinanzierung zu gewährleisten. Der transparentere Weg ist die kontinuierliche Erhöhung der Leis-

tungsentgelte, verbunden mit dem Nachweis, dass der überwiegende Anteil in Form einer Lohnerhöhung an die Mitarbeiter weitergegeben wird. Die ambulante Pflege zeigt dabei: Die Preisfindung für eine tarifgerechte Bezahlung in der ambulanten Pflege ist kaum wirtschaftlich darstellbar. Das hängt mit den geltenden Variablen (unterschiedliche Entgelte, viele Kostenträger, wechselnde Versorgungszeiten, unterschiedliche Qualifikationsanforderungen einzelner Leistungen) zusammen.

Die 6 Punkte

Das AVG-Sofortprogramm umfasst 6 Punkte in zwei Themenbereichen:

Pflege gerechter bezahlen

1. Löhne kontinuierlich erhöhen
2. Steuerfreibetrag einführen
3. Zuschläge einführen
4. Kostenträger in die Pflicht nehmen
- Arbeitsbedingungen verbessern**
5. Kommunen müssen entlasten
6. Leasing abbauen

Ergänzend sind unnötige Vertrags- und mehrfache Vergütungsregelungen der einzelnen Kassen abzubauen, z.B. in der häuslichen Krankenpflege sowie im Versorgungssystem. Eine jährliche Mindererhöhung der Vergütungen in der ambulanten Pflege um die Grundlohnsomme muss automatisch erfolgen.

Die Übernahme der Wegekosten sollten dem SGB V-Bereich vorbehalten und die Investitionskosten durch die Länder bzw. steuerfinanziert getragen werden.

avg.berlin